

Hermann will neue Vorgaben für Riesenlaster

Das Land will ab 2024 von sich aus Strecken prüfen. Ortsdurchfahrten sollen gemieden werden.

Das Verkehrsministerium macht neue Vorgaben zum Einsatz der umstrittenen Riesenlastwagen auf den Straßen. Künftig werde die Befahrbarkeitsprüfung als zentrales Kriterium für Bewertung von Strecken angewendet, teilte das Ministerium am Donnerstag in Stuttgart mit. Zudem sollten Ortsdurchfahrten möglichst gemieden werden. Ressortchef Winfried Hermann (Grüne) sagte: „Wir lassen Lang-Lkw nach wie vor nur dort fahren, wo es sicher ist. Wir vereinfachen die Kriterien als Beitrag zur Entlastung der Wirtschaft.“

Lange Zeit durften nur Lastwagen mit einer Maximallänge von 18,75 Metern auf deutschen Straßen fahren. Die Riesensattel-schlepper sind hingegen bis zu 25,25 Meter lang. Ihr Ladungsvolumen ist somit deutlich größer. Spediteure sehen in den größeren Lastwagen Vorteile, weil sie pro Fahrt und Fahrer mehr transportieren können. Umweltschützer hingegen hatten die Fahrzeuge in der Vergangenheit als Bremse für den Klimaschutz gesehen.

Verkehrsminister Hermann sagte weiter, das Ziel der Befahrbarkeitsprüfung als künftig einziges Kriterium sei für ihn, die Lang-Lkw auch auf problemlos befahrbaren, langen Strecken zuzulassen, dabei aber Ortsdurchfahrten möglichst zu vermeiden. „Ist das nicht machbar, muss in jedem Fall sichergestellt sein, dass insbesondere in engen historischen Ortskernen keine Beeinträchtigung anderer Verkehrsteilnehmender oder der Verkehrssicherheit erfolgt.“ Ansonsten könne der Streckenabschnitt nicht freigegeben werden.

Die neuen Regeln sollen ab 2024 Anwendung finden. Das Land will künftig von sich aus und damit ohne die sonst notwendige Beantragung einer Strecke durch ein Unternehmen zweispurige Bundes- und Landesstraßenabschnitte, die verkehrlich sinnvoll freigegeben werden können, nach positiver Befahrbarkeitsprüfung an den Bund zur Aufnahme in das Positivnetz und damit zur Freigabe melden. *lsw*

Pfleger wegen Mordes verurteilt

FREIBURG. Weil er eine 89-jährige Frau aus Habgier ermordete, ist ein Pfleger zu einer lebenslangen Haftstrafe verurteilt worden. Der 26-Jährige habe den Tod der Seniorin billigend in Kauf genommen, urteilte das Freiburger Landgericht am Donnerstag. Der Mann wurde zudem wegen räuberischen Diebstahls mit Todesfolge verurteilt. Das Gericht folgte mit dem Urteil wegen Mordes dem Antrag der Staatsanwaltschaft. Der 26-Jährige war nördlich von Freiburg in dem Ort Herbolzheim im Oktober 2022 bei einem Ehepaar als Pflegekraft beschäftigt und hatte mit im Haus gewohnt. Die 89-Jährige bemerkte damals, dass der aus Polen stammende Pfleger Schmuck stehlen wollte. Daraufhin schlug der stark alkoholisierte Mann der Frau brutal ins Gesicht und sperrte sie anschließend im Heizungskeller ein. Die Frau konnte aber noch die Polizei alarmieren. Wenige Tage nach dem Angriff verstarb das schwer verletzte Opfer in einer Klinik. *dpa*

Weniger Teilzeit und Sabbatjahre

RAVENSBURG/STUTTGART. Baden-Württembergs Kultusministerin Theresa Schopper (Grüne) schränkt die Möglichkeit von Lehrkräften ein, ihre Arbeitszeit zu reduzieren. Spätestens zum kommenden Schuljahr sollen nur noch diejenigen weniger als 75 Prozent arbeiten dürfen, die gesundheitliche oder familiäre Gründe anführen können oder mindestens 60 Jahre alt sind, schreibt die in Ravensburg erscheinende „Schwäbische Zeitung“ (Freitag). Entsprechende Briefe seien an die Regierungspräsidien und Personalräte gegangen.

Schoppers Amtschef Daniel Hager-Mann begründete die Neuregelung mit dem massiven Lehrkräftemangel und den Schülerzahlen, die laut Prognosen noch bis 2035 steigen, hieß es weiter. Sabbatjahre seien künftig erst später nach dem Berufseinstieg und dann in größeren Abständen möglich. Zwar gab es nach Angaben des Kultusministeriums hier mehr als 1000 Neueinstellungen. Doch an den insgesamt 4500 Schulen in Baden-Württemberg waren zu Schuljahresbeginn 565 Stellen offen. *epd/red*

Die Retter im Land – hier in Ludwigsburg – sind im Dauerstress. Politik und Gerichte sind derzeit unterschiedlicher Meinung, was die Zukunft betrifft. Fotos: KS-Images/Andreas Rometsch, Christian Kaufmann

„Medizin muss in den Schulunterricht“

Interview Der Rettungsdienst in Baden-Württemberg steckt in der Krise. Die Einsatzzahlen explodieren, Respektlosigkeiten nehmen zu, Gerichtsurteile sorgen für Verunsicherung. Deutschlands wohl bekannteste Notärztin, Lisa Federle, schlägt Auswege vor.

Lisa Federle ist nicht nur Leitende Notärztin in Tübingen, sondern wegen ihrer pragmatischen Lösungen zu Coronazeiten bundesweit bekannt geworden. Aufgrund ihrer vielschichtigen Erfahrungen kennt sie die derzeit massiv diskutierten Probleme des Rettungsdienstes im Land aus unterschiedlichen Perspektiven. Sie fordert Gegenmaßnahmen auf mehreren Ebenen – vor allem in den Schulen.

Frau Federle, die Einsatzzahlen für Notärzte und Rettungswagen explodieren, das Personal wird angegangen, gesetzliche Vorgaben können selten eingehalten werden, und Gerichtsurteile schaffen zusätzliche Verunsicherung. Lässt sich die Notfallrettung noch retten?

„Es ist frustrierend, wenn man zu Patienten mit verstopfter Nase gerufen wird.“

Lisa Federle, zu Fehleinsätzen

ihrer Arbeit. Sie empfinden es als völlig frustrierend, wenn man ständig zu Notfallpatienten gerufen wird, die die 112 wählen und am Telefon schwer keuchen, dann aber vor Ort nur eine verstopfte Nase haben.

Wie viele unnötige Einsätze dieser Art gibt es?

Viele. Ich würde sagen, mindestens 40 Prozent, manche gehen auch von mehr aus.

Warum wählen die Leute heute so schnell den Notruf?

Die Gründe sind vielfältig. Manche Patienten wissen, dass bei bestimmten Stichworten sofort der Notarzt kommt. Andere sind völlig hilflos, weil sie keine Ahnung haben, was man im Notfall tun muss – wann man zum Arzt geht, wann man den ärztlichen Bereitschaftsdienst anfordert, wann ein Notruf sinnvoll ist. Manche Eltern melden sich so-

fort panisch bei der 112, wenn ein Kind 38 Grad Temperatur hat. Viele Menschen in unserer Gesellschaft sind heute einsam, und besonders seit Corona gibt es eine starke Zunahme bei den Ängsten. Dazu kommt, dass es gerade auf dem Land immer weniger Ärzte gibt und der kassenärztliche Notdienst für weniger schwere Fälle unter der 116 117 oft schwer zu erreichen ist.

Muss das erste Ziel also lauten, die Zahl der Fehleinsätze zu verringern?

Eindeutig ja. Damit wäre viel geholfen. Den Mitarbeitenden, aber auch den Patienten. Dann fehlen die Fahrzeuge nicht mehr wegen Lappalien bei Herzinfarkten oder Schlaganfällen. Unter anderem deshalb haben wir 2015 in Tübingen die mobile Arztpraxis zur Behandlung geflüchteter Menschen direkt an den Unterkünften eingeführt. Dort waren die Notarzteinsätze damals stark gestiegen, und wir konnten damit einiges abfangen.

Ein allgemeines Modell kann das ja aber nicht sein. Wie kann man das Problem angehen?

Das ist ein längerer Prozess, aber wir müssen unbedingt jetzt anfangen. Es ist ganz wichtig, endlich wieder ein Bewusstsein in der Bevölkerung für medizinische Themen zu schaffen. Das muss in den Schulen im Unterricht beginnen. Und zwar nicht ein paarmal

LISA FEDERLE

Notärztin Die 62-Jährige arbeitet als Ärztin und Leitende Notärztin in Tübingen. Sie ist ehrenamtliche Präsidentin des DRK-Kreisverbandes und seit Jahrzehnten in der Notfallrettung engagiert.

Bekanntheit Während der Coronapandemie wurde Federle durch das sogenannte Tübinger Modell bundesweit bekannt. Inzwischen ist das CDU-Mitglied auch Bestsellerautorin. Zuletzt ist ihr zweites Buch, „Vom Glück des Zuhörens“, erschienen. *red*

freiwillig, sondern als Pflicht und regelmäßig über Jahre innerhalb eines dafür geeigneten Fachs. Was mache ich, wenn ich zu einem Unfall komme? Wann rufe ich die 112? Wie gehe ich mit Demenz um? Dabei lernt man auch soziales Miteinander.

Wer könnte diesen Unterricht erteilen?

Man könnte zum Beispiel erfahrene Notfall-sanitäter, die nicht mehr aktiv fahren, in die Klassen schicken. Erste-Hilfe-Kurse gibt es ja jetzt schon. Man muss ein Programm für die Schulen entwickeln, in Kombination mit entsprechenden Praktika. Das hätte auch noch weitere Vorteile. Ich glaube, wir könnten so zum einen auch wieder viel mehr Menschen für soziale und medizinische Berufungen gewinnen. Zum anderen werden die Respektlosigkeiten immer schlimmer. Einmal haben wir im Rettungswagen einen Patienten reanimiert. Währenddessen ist aus Spaß ein junger Mann auf dem Trittbrett rumgehüpft. Den haben wir angezeigt. Der hätte vielleicht anders gehandelt, wenn er sich mit solch einer Situation schon einmal im Unterricht beschäftigt hätte.

Was braucht es neben den Schulen zur Rettung der Branche?

Man müsste die medizinischen Berufe insgesamt aufwerten. Verbal, damit sie das entsprechende Ansehen genießen. Aber auch finan ziell. Wenn etwa in einer Leitstelle zwei Kollegen exakt dasselbe machen, der eine aber mehr verdient und früher in den Ruhestand darf, weil er bei der Feuerwehr angestellt ist und der andere bei einer Rettungsorganisation, ist das nicht nachvollziehbar.

Eine Klägergruppe aus Mannheim hat zuletzt

Lisa Federle, Ärztin in Tübingen

zwei Gerichtsurteile gegen das Land erwirkt. Darin wird unter anderem gefordert, anders als bisher künftig alle Einsätze, auch die ohne Blaulicht, in die sogenannte Hilfsfrist einzurechnen, binnen der die Retter am Einsatzort sein müssen. Ist das sinnvoll?

Menschenleben stehen über allem. Es ist wichtig, dass jedem so schnell wie möglich geholfen wird. Wenn jemand mit Atemnot auf dem Boden liegt, fühlt sich jede Sekunde wie eine Stunde an. Man braucht aber nicht in allen Fällen einen Notarzt. Wer viel fordert, muss auch überlegen, was sinnvoll ist. Müssten künftig alle Einsätze innerhalb der Hilfsfrist erfolgen, würde das ganze System zusammenbrechen. Das ist völlig illusionär. Wir müssen eine Lösung finden, die realistisch, personaltechnisch möglich und bezahlbar ist.

In den vergangenen Jahren hat man angesichts stetig steigender Einsatzzahlen überall versucht, mit neuen Fahrzeugen und zusätzlichem Personal aufzurüsten. Kann das so weitergehen?

Wir rennen seit Jahren immer hinterher. Die Einsatzzahlen steigen ständig, man rüstet nach, dann steigen die Zahlen wieder. Wir haben etwa bei uns in Tübingen alles versucht, was irgendwie denkbar ist – bis hin zur Optimierung von Ampelschaltungen. Wir haben aber überall Notarztmangel und können nicht in jedem Dorf einen Standort eröffnen. Das ist, wie wenn man ständig neues Geld druckt – das geht auf Dauer auch nicht gut. Man muss das Problem von Grund auf angehen: Schulunterricht, Nachjustieren beim ärztlichen Bereitschaftsdienst, bessere Arbeitsbedingungen, bessere Übergaben an den Krankenhäusern, Abbau von Bürokratie. Das ist sehr komplex, aber wir müssen jetzt damit anfangen.

Das Gespräch führte Jürgen Bock.

„Müssten Einsätze ohne Blaulicht in der Hilfsfrist liegen, würde das System kollabieren.“

Lisa Federle, zu Zeitvorgaben

Kritik aus dem Land vor Erdogan-Besuch

Die Erdogan-Visite wird auch von Baden-Württemberg aus kritisch beäugt – insbesondere von Politikern und Funktionären mit türkischen Wurzeln.

Von Sascha Maier

Der Nahostkonflikt spaltet auch die türkische Community in Deutschland – der Staatsbesuch des türkischen Präsidenten Recep Tayyip Erdogan am Freitag in Berlin könnte zur Zerreißprobe werden. Auch in Baden-Württemberg: Hier leben laut dem Ausländerzentralregister nach Nordrhein-Westfalen die meisten Menschen mit türkischem Pass. Bereits am Mittwoch bekräftigte Erdogan seine Parteinahme für die Palästinenser. Er nannte Israel einen „Terrorstaat“, der einen Genozid verübe, und die USA und den Westen Unterstützer des „Massakers“ vonseiten Israels.

Der türkische Präsident Erdogan ist an diesem Freitag in Berlin.

Foto: AFP/Adem Altan

Gökay Sofuoğlu, der Vorsitzende der Türkischen Gemeinde in Baden-Württemberg (TGBW), widerspricht dem zwar entschieden: „Die Hamas sind für uns keine Freiheitskämpfer, sondern eine Terrororganisation ohne Wenn und Aber.“ Bei Palästina-Fragen solle man sie genauso wenig ins Spiel bringen wie die PKK bei der Kurdenfrage. Dennoch ist Sofuoğlu der Meinung, dass es

eine große Chance ist, wenn man „trotz all der Schwierigkeiten auf Diplomatie setzt“.

Der Verbandsvorsitzende sieht die deutsche und die türkische Bevölkerung auch daran auseinanderdriften, dass Israel-Kritik oft mit Antisemitismus gleichgesetzt werde. „Dabei beobachte ich, dass sich verhältnismäßig wenige türkeistämmige Menschen an Pro-Palästina-Demos beteiligen“, sagt Sofuoğlu. Er warnt auch davor, Erdogan-Wähler pauschal mit Israel-Hassern gleichzusetzen: Viele, die sich schlicht nicht zu dem Thema äußerten, wollten lediglich nicht mit einem „Positionierungszwang“ mitziehen.

Besonders aus Baden-Württemberg haben viele Politiker mit türkischen Wurzeln Karriere gemacht – die bekanntesten unter ihnen sind aktuell vielleicht Bundeslandwirtschaftsminister Cem Özdemir und Landesfinanzminister Danyal Bayaz (beide Grüne).

„Erdogan verherrlicht den Terror der Hamas und zeigt keinerlei Empathie für Israel. Das ist völlig inakzeptabel und das müssen

wir auch so klar benennen, wenn unsere Solidarität mit Israel kein bloßes Gerede sein soll“, sagt Bayaz. Allerdings sei es auch nicht besser, alle Brücken zu Erdogan und der Türkei abzubauen. „Gerade in der Migration wollen wir ja Kontingentlösungen mit der Türkei finden, um Migration besser steuern zu können“, sagt Bayaz.

Cem Özdemir war für ein aktuelles Statement nicht zu erreichen, hatte sich aber bereits im Vorfeld des Erdogan-Besuchs geäußert: „Wir brauchen eigenständige, von Ankara unabhängige Strukturen, in denen ein Islam gelebt werden kann, der sich zu unseren Werten bekennt und fest auf dem Boden des Grundgesetzes steht“, sagte der Minister gegenüber „Welt am Sonntag“.

Geplant ist nach Angaben einer Sprecherin der Bundesregierung, dass sich Erdogan am Freitag erst mit Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier und später mit Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) zum Abendessen trifft. 1500 Polizisten sollen den Staatsbesuch sichern.